



## ÖFFENTLICHER VORSCHLAG ZUR TAGESORDNUNG

**Absender:**

**Betreff:**

Vorschlag der Fraktion Die Linke sowie der Ratsgruppe BfHo/Piraten Hagen  
Hier: Ergänzung der Satzung und Gebührenordnung für das Tierheim

**Beratungsfolge:**

10.12.2015 Rat der Stadt Hagen

**Beschlussvorschlag**

Die in der Ratssitzung am 26. November 2015 verabschiedete Satzung und Gebührenordnung für das Tierheim Hagen wird im § 4, Abs. 5, um folgenden Satz ergänzt: Bezieher von Transferleistungen sind von der Gebühreinzahlung für Abgabetiery befreit.

**Begründung**  
Siehe Anlage



# **DIE LINKE.**

Fraktion Die Linke

und

Ratsgruppe Bürger für Hohenlimburg und Piraten Hagen

im Rat der Stadt Hagen

Herrn Oberbürgermeister

Erik O. Schulz

Rathaus Hagen

Hohenlimburg/Hagen, 30. November 2015

Sehr geehrter Herr Schulz,

die Fraktion Die Linke und die Ratsgruppe Bürger für Hohenlimburg/Piraten Hagen beantragen, folgenden Antrag gemäß § 6 (1) der Geschäftsordnung auf die Tagesordnung der Sitzung des Rates der Stadt Hagen am 10. Dezember 2015 zu setzen:

## **Ergänzung der Satzung und Gebührenordnung für das Tierheim**

**Beschlussvorschlag:** Die in der Ratssitzung am 26. November 2015 verabschiedete Satzung und Gebührenordnung für das Tierheim Hagen wird im Paragraph 4, Absatz 5, um folgenden Satz ergänzt: Bezieher von Transferleistungen sind von der Gebührenzahlung für Abgabetiery befreit.

**Begründung:** Wie auch vom Tierschutzverein in der Presse dargestellt, besteht ohne den zu beschließenden Passus eine erhöhte Gefahr, dass mit Einführung der neuen Satzung verstärkt Tiere nicht mehr im Tierheim abgegeben, sondern in freier Wildbahn ausgesetzt werden.



## ÖFFENTLICHE STELLUNGNAHME

Amt/Eigenbetrieb und ggf. beteiligte Ämter:

69

Betreff: Drucksachennummer: 1170/2015  
Vorschlag der Fraktion Die Linke sowie der Ratsgruppe BfHo/Piraten Hagen  
Hier: Ergänzung der Satzung und Gebührenordnung für das Tierheim

Beratungsfolge:  
10.12.2015 Rat der Stadt Hagen



Die Verwaltung sieht in einer Ausnahmeregelung einen wesentlich erhöhten Verwaltungsaufwand der Prüfung von Empfängern sozialer Leistungen. Darüber hinaus würde ein Ungleichgewicht der Behandlung von Leistungsempfängern zu sog. Geringverdienern entstehen.

Die Ansicht einer erhöhten Gefahr, dass mit Einführung der neuen Satzung verstärkt Tiere nicht mehr im Tierheim abgegeben, sondern ausgesetzt werden, wird seitens der Verwaltung nicht geteilt. Erfahrungen anderer Gemeinden und Tierheime geben dazu keinen Anlass. Der Deutsche Tierschutzbund sieht dies genau so und spricht von einer "erzieherischen Maßnahme, die dem Halter zeige, dass man ein Tier nicht einfach so abgibt".

Daher lehnt die Verwaltung eine Erweiterung der Satzung in der vorgeschlagenen Form ab.



## Verfügung / Unterschriften

### Veröffentlichung

☒ Ja

☐ Nein, gesperrt bis einschließlich \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_  
Oberbürgermeister

Gesehen:

\_\_\_\_\_  
Stadtkämmerer

\_\_\_\_\_  
Stadtsyndikus

\_\_\_\_\_  
Beigeordnete/r  
Die Betriebsleitung  
Gegenzeichnen:

Amt/Eigenbetrieb:

---

---

---

---

---

---

---

---

Beschlussausfertigungen sind zu übersenden an:

Amt/Eigenbetrieb:

Anzahl:

---

---

---

---

---

---

---

---

---

---

---

---

---

---

---

---